

Anzeige



Natürlicher Verstand kann fast jeden Grad von Bildung ersetzen, aber keine Bildung den natürlichen Verstand.

Arthur Schopenhauer

Weiterbildung auf

NZZ Online

NZZ Online

Dienstag, 13. Januar 2009, 10:57:05 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > Schweiz

13. Januar 2009, Neue Zürcher Zeitung

Vorsichtige Haltung zum Gaza-Krieg

Ausgewogene Erklärungen

Das Aussendepartement von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hat im Gaza-Krieg einseitige Schuldzuweisungen vermieden. Dass es dennoch Kritik aus Israel hagelt, hat mit der Vergangenheit und dem Verhalten einiger Parlamentarier zu tun.

sig. Während des Libanon-Feldzugs im Sommer 2006 trübte eine Pressemitteilung des Eidgenössischen Departements (EDA) für auswärtige Angelegenheiten das Verhältnis zwischen Bern und Tel Aviv. «Libanon: Die Schweiz verurteilt die unverhältnismässige Reaktion Israels», war das Communiqué überschrieben. Die Angriffe des Hizballah hingegen wurden erst im zweiten Satz erwähnt beziehungsweise «verurteilt».

Kritik trotz Zurückhaltung

Am vergangenen 27. Dezember begann die israelische Artillerie- und Luftoffensive im Gazastreifen. Gleichentags veröffentlichte das EDA eine Mitteilung mit dem Titel: «Situation im Nahen Osten: Das EDA fordert alle Parteien zur Zurückhaltung auf.» Diesmal «verurteilte» die Schweiz zuerst die Hamas, die «unverhältnismässigen Reaktionen der israelischen Streitkräfte» hingegen erst im dritten Absatz.

Zwei Wochen lang hatte die israelische Diplomatie nichts gegen die schweizerischen Stellungnahmen einzuwenden. Erst als die Schweiz vergangene Woche im Uno-Menschenrechtsrat einen Antrag für eine Sondersitzung zum Gaza-Krieg unterstützte, warf der Gesandte Tel Avis in Bern, Ilan Elgar, dem Bundesrat in einem Interview mit der «Sonntags-Zeitung» einseitige Parteinahme vor. Der Israelitische Gemeindebund und die Plattform der liberalen Juden der Schweiz doppelten am Montag nach und verlangten vom Bundesrat zum Krieg im Gazastreifen eine «ausgewogene Haltung».

Stimmenthaltung im Menschenrechtsrat

Als der Menschenrechtsrat der Uno gleichentags eine israelkritische Resolution verabschiedete, enthielt sich die Schweiz der Stimme. Der Vertreter Berns, der bei ähnlichen Texten in der Vergangenheit oft die Hand gehoben hatte, verlas in Genf eine Rede, die jedem Vorwurf der Parteilichkeit standhält. Ein anderer Ausdruck der vorsichtigen Politik gegenüber dem Staat Israel ist die Fortsetzung der Rüstungskooperation, die nur von linker Seite in Frage gestellt wird. 2002 hatte der Bundesrat diese Zusammenarbeit aus

humanitären Überlegungen vorübergehend auf Eis gelegt.

Alles in allem haben die reflexartigen Vorwürfe an die Adresse des Bundesrats zurzeit wohl weniger mit dem Gaza-Krieg zu tun als mit der Rolle, welche die Schweiz in den vergangenen Jahren im Nahen Osten gespielt hat. Im Fall des 2008 unterzeichneten Erdgas-Deals mit Iran ist das offensichtlich. Zwar geschäften auch andere europäische Regierungen mit Iran, aber kaum eine liess sich von Teheran so vorführen wie die schweizerische im vergangenen Frühjahr. Auch das offizielle Engagement für die private «Genfer Initiative» kam in Israel teilweise schlecht an. Dazu kommt das Schweizer Stimmverhalten im Menschenrechtsrat der Uno. Positiv mit der Schweiz assoziiert wird ihr Einsatz für den «Roten Davidstern», das zusätzliche Emblem der Genfer Konventionen.

Der Versuch des EDA, sich in diesem Krieg im Nahen Osten unparteiisch zu verhalten, wird zudem von Parlamentariern durchkreuzt, die als Anwalt der Palästinenser auftreten und einen Teil der Realität ausblenden. Wenn der Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, Geri Müller (gps., Aargau), an Anti-Israel-Demonstrationen als Redner auftritt, wird er im Ausland als Vertreter der offiziellen Schweiz wahrgenommen.

Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:

http://www.nzz.ch/nachrichten/schweiz/vorsichtige_haltung_zum_gaza-krieg_1.1688464.html

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG

Alle Rechte vorbehalten. Vervielfältigung oder Wiederveröffentlichung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von NZZ Online ist nicht gestattet.